



Der Preiswucher trifft alle: Egal ob Supermarkt, Tankstelle oder Heizungskosten – durch die Bank haben die Preise im letzten Jahr gewaltig zugelegt. Groß gefeierte Lohn- oder Pensionserhöhungen können das nicht entschärfen. Während Konzerne Geld ohne Ende scheffeln, müssen immer mehr Menschen beim Einkaufen jeden Euro umdrehen. Die KPÖ demonstrierte in der Grazer Herrengasse gegen den Preiswucher und dafür, den vorhandenen Reichtum umzuverteilen.

DER „FREIE MARKT“ MACHT LEBENSMITTEL FÜR VIELE UNERSCHWINGLICH Wer kann sich das noch leisten?

Wer wenig Geld hat, der nagt bald am Hunderttuch. SPÖ und ÖVP wollen enorme Preissteigerungen mit zweifelhaften Mitteln bekämpfen. Amtliche Preisregulierung gefragt denn je.

Wer heute Lebensmittel einkauft, zahlt dafür gut ein Viertel mehr als noch vor einem Jahr. Butter und Nudeln plus 31%, Milch plus 20%, Zwiebeln plus 29%, Erdäpfel plus 15%, Brot plus 24% – aus einem 100-Euro wurde ein 125-Euro-Einkauf. Dazu ist die Inflation (Geldentwertung) so hoch wie noch nie im Euro-Raum. Das Geld wird weniger wert, gleichzeitig ist kein Ende der Preissteigerung abzusehen. Hilfe brächte eine staatliche Preisbindung, wie es sie in

Österreich bis 1988 gab. Das Festlegen von Höchstpreisen würde der Preistreiberei ein Ende bereiten, so der Vorschlag der KPÖ.

Einer Inflation von 3,6% steht etwa eine Pensionserhöhung gegenüber, die oft gar keine ist. Mit weniger Geldwert heißt es teurere Lebensmittel kaufen, aber auch mehr für den Sprit (plus 25% im letzten Jahr), für die Miete (plus 20%), für das Heizen (Strom, Fernwärme, Erdgas) zu zahlen.

Wie sich das Familien-, Kleinverdiener/innen und Pensionist/inn/en leisten können? Den Entscheidungsträgern in der Bundespolitik scheint das egal zu sein, denn die flüchten sich in wenig hilfreiche Ideen.

Die SPÖ schlug vor, einmalig 100 Euro an alle Kleinver-

diener als einmaligen Ausgleich zu vergeben, kam aber damit – wie so oft – nicht durch.

Amtliche Preisregulierung

Die KPÖ pocht auf eine amtliche Preisregulierung, wie es sie bis 1988 in weiten Bereichen gab. Dann wurde sie zu Gunsten des freien Marktes abgeschafft, der nun die Preisspirale nach oben schraubt.

Die KPÖ ist für Tarifenkungen statt Tarifierhöhungen, für gesetzliche Mietzinsobergrenzen, für eine amtliche Preisregulierung bei Grundnahrungsmitteln und Energie (Heizen, Treibstoff), für einen Inflationsausgleich bei Sozialhilfe und Arbeitslosengeld sowie für eine höhere Lehrlingsentschädigung. Außerdem ist die KPÖ dagegen, Nahrungsmittel für die Treibstoffproduktion zu

verwenden (Biosprit aus Mais) – das macht Lebensmittel knapper und teurer!

„Die Profite der Unternehmen müssen zu den arbeitenden Menschen umverteilt werden“, so Franz St. Parteder, Vorsitzender der steirischen KPÖ, „ebenso wie die in Stiftungen extrem steuerschonend geparkten Vermögen.“

Außertourliche Gehalts- und Pensionserhöhungen, die die Teuerung abdecken sind jetzt notwendig. Die nächste Kollektivvertrags-Runde ist dafür zu spät.

